



Volksblatt

Grossauflage

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 26

VERBUND / SUDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt



FREIZEIT-EXTRA

Ein Kult mit Klopapier

Das Kult-Musical aus London kommt am Samstag, den 6. Februar in die Mehrzweckhalle BZB Buchs. Seite 15



INLAND

Licht der Hoffnung

Vor zwei Jahren rief Anita Chaaban die Selbsthilfegruppe «Gemeinsam gegen Gewalt ins Leben». Seite 2

TAGESSCHAU

Jackson auf Investorensuche

Joe Jackson, Vater einer der erfolgreichsten Musikerfamilien, wird nächste Woche in Schaan erwartet. Er soll hier ein Umweltschutzprojekt präsentieren. Gleichzeitig ist geplant, dass er auch etwas über das Projekt «Reunion-Album 99» der Öffentlichkeit preisgibt. Seite 9

Feldkirch will «schönsten Faschingsumzug»

Die Feldkircher wollen dieses Jahr mit ihrem Faschingsumzug hoch hinaus. Am Sonntag sollen sich 90 Narrengruppen mit etwa 4000 Mitwirkenden durch die Feldkircher Altstadt im «schönsten Faschingsumzug Österreichs» bewegen. Seite 18

Bankiervereinigung erwartet keine Wunder

Von den Schweizer Banken hat der Staat bei der Sanierung der Bundesfinanzen keine Wunder zu erwarten. Dies erklärte gestern Georg E. Krayer, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung. Die Banken seien zwar gute Zahler, doch die Körperschaftssteuern der Banken hätten in den letzten Jahren bei rund 1,4 Milliarden Franken stagniert. Seite 21

Ski-WM: Dreifacher Österreicher-Triumph



Die Österreicherinnen haben im Super-G bei den Weltmeisterschaften in Vail einen Dreifach-Triumph gefeiert. Weltcup-Gesamtleaderin Alexandra Meissnitzer (Bild) siegte drei Hundertstel vor Renate Götschl und 21 Hundertstel vor Michaela Dorfmeister. Mit Alexandra Meissnitzer holte die meistgenannte Favoritin den Titel. Seite 23

120 Millionen für Schwerverkehrsabgabe

Damit die Schweiz die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe erheben kann, sind Investitionen von über 120 Millionen Franken nötig. Der Bundesrat ersucht das Parlament um einen entsprechenden Expo-Medienfrühstück in Bern. Der geplante Eröffnungstermin 3. Mai 2001 bleibe unverändert bestehen. Der Billettverkauf beginne bereits im April. Mit ihrer Erklärung reagierte Fendt auf Äusserungen der Pro-Helvetia-Präsidentin Yvette Jaggi. Diese hatte letzten Sonntag Zweifel an der Durchführbarkeit der Expo geäußert und eine Verschiebung gefordert.

Expo-Termin in der Schweiz unverändert

Am Datum der Expo wird nicht gerüttelt. Dies sagte Expo-Direktorin Jacqueline Fendt am zweiten sogenannten Expo-Medienfrühstück in Bern. Der geplante Eröffnungstermin 3. Mai 2001 bleibe unverändert bestehen. Der Billettverkauf beginne bereits im April. Mit ihrer Erklärung reagierte Fendt auf Äusserungen der Pro-Helvetia-Präsidentin Yvette Jaggi. Diese hatte letzten Sonntag Zweifel an der Durchführbarkeit der Expo geäußert und eine Verschiebung gefordert.

Fürst beharrt auf «Trennung von Kirche und Staat»

Feierliche Eröffnung des Landtags mit Thronrede des Fürsten

Fürst Hans-Adam II. hält nach der umstrittenen Errichtung der Erzdiözese Vaduz eine klare Trennung von Kirche und Staat als die beste Lösung für Liechtenstein. In seiner Thronrede zur Eröffnung der diesjährigen Landtagsperiode forderte der Monarch gestern die Lösung dieser Frage im Rahmen der allgemeinen Verfassungsrevision.

In dem zwischen Fürst und Parlament Ende letzten Jahres ausgehandelten Kompromiss, trotz Widerstände in der Bevölkerung und auch in politischen Oppositionskreisen an das Erzbistum Vaduz einen reduzierten Landesbeitrag zu entrichten, sieht Fürst Hans-Adam II. einen Zeitgewinn für die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. «Wir sollten jetzt gemeinsam nach Lösungen suchen», erklärte der Fürst in seiner Thronrede, «die frei sind von emotionalen Belastungen und die nicht immer wieder zu Spannungen führen, die letzten Endes sowohl der Kirche als auch dem Staat schaden.»

Gegen ein Konkordat

Der vom Landtag in seiner Erklärung vom Dezember 1997 vorgeschlagenen Konkordatslösung erteilte das Staatsoberhaupt, wie schon in seiner letztjährigen Thronrede, eine Absage. Ein Konkordat zwischen Liechtenstein und dem Heiligen Stuhl hält der Fürst für wenig erfolgversprechend, weil sich die Hoffnungen und Erwartungen des Parlaments auf ein Mitspracherecht im Erzbistum Vaduz nicht verwirklichen liessen.



Fürst Hans-Adam II. in seiner Thronrede: «Kein Konsens über die zukünftige Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat.»

Als erschwerend kommt nach den Ausführungen des Fürsten hinzu, dass auf liechtensteinischer Seite noch kein Konsens über die zukünftige Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat bestehe. «Eine liechtensteinische Verhandlungsdelegation», warnte Fürst Hans-Adam II. die Landtagsabgeordneten, «wäre in der unangenehmen Situation, nicht zu wissen, worüber sie konkret verhandeln soll.» Ein Abwägen von denkbaren Modellen für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat führt nach Hans-Adam II. zur Schlussfolgerung, dass nicht viele Alternativen bestehen. Dem seiner Thronrede stehend zuhörenden Parlament schlug das Staatsoberhaupt deshalb vor, seinen Vorschlag einer klaren Trennung von Kirche und Staat aufzunehmen und der Verfassungskommission den Auftrag zu erteilen, eine Regelung für das künftige Verhältnis zwischen Kirche und Staat auszuarbeiten.

Wahl des Präsidiums

Bei den anschliessend an die Thronrede des Fürsten anberaumten «Bürowahlen» wählte der Landtag einhellig den bisherigen Landtagspräsidenten Peter Wolff (VU) zum Vorsitzenden. Zum Landtagsvizepräsident wurde Otmar Hasler (FBPL), der dieses Amt ebenfalls seit den Wahlen 1997 bekleidete, ohne Gegenstimme bestellt. Gewählt wurden auch die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, der Aussenpolitischen Kommission und der Finanzkommission. Die erste ordentliche Arbeitssitzung des Landtags wird erst im März stattfinden. Günther Meier

Für Frühpensionierungen

Alterspräsident Klaus Wanger für Wirtschaftsförderung

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung stand gestern im Mittelpunkt der Ansprache von Alterspräsident Klaus Wanger (FBPL) zur Eröffnung des Landtags. Zur Senkung der Arbeitslosigkeit plädierte er für Frühpensionierungen. Die stetig steigende, zum Jahresende 1998 bei 2 Prozent angelangte Arbeitslosigkeit in Liechtenstein bildete Anlass für Alterspräsident Klaus Wanger, in seiner Rede zur Landtagseröffnung gezielte Massnahmen zur Wirtschaftsförderung durch den Staat sowie in sozialpolitischer Hinsicht die Erleichterung der Frühpensionierung anzuregen.

Die unverändert attraktiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nach seiner Überzeugung eine Chance zur Gewinnung von ausländischen Investoren zu Unternehmensgründungen, welche die bestehenden Unternehmen freilich nicht konkurrenzieren sollten und für das kleine Land auch grössenverträglich sein müssten. Eine «massvolle Erweiterung und Diversifikation des Produktionsstandortes Liechtenstein» erscheint Wanger in Anbetracht der starken Ausweitungstendenzen des Finanzdienstleistungssektors notwendig, zumal Neugründungen sich auch positiv auf die Beschäftigungslage auswirken würden. Eine der wichtigsten Massnahmen zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit bildet die vermehrte Förderung im Bereich der beruflichen Weiterbildung sowie die Schaffung und Sicherung von Ausbildungsplätzen. Lernwilligen jeden Alters sollte ein maximale Förderung seitens des Staates und der Wirtschaft gewährt werden.



Klaus Wanger: «Arbeit ist auch in unserem Land zu einem wertvollen Gut geworden.»

Eine weitere Massnahme gegen Arbeitslosigkeit, die kurzfristig umgesetzt werden könnte, sieht Klaus Wanger in der Erleichterung der Frühpensionierung. Für viele Beschäftigte bilde ein Rückzug aus dem aktiven Erwerbsleben ab dem 60. Altersjahr ein grosses Anliegen. Könnten diese Arbeitnehmer früher in Rente gehen, so würden Arbeitsplätze für jüngere Kräfte frei, die heute den Grossteil der Arbeitslosen bildeten. (G.M)

Europa-Debatte

Der Bundesrat will die Schweiz in die EU führen. In seinem am Mittwoch veröffentlichten Integrationsbericht 1999 und seiner Botschaft zur Volksinitiative «Ja zu Europa» beleuchtet er neben der Beitrittsvariante jedoch auch die anderen Optionen. Nichts abgewinnen kann er einem Alleingang der Schweiz. Der Bundesrat will die Europa-Debatte beleben. Er will auf diese Weise herausfinden, ob die innenpolitischen Voraussetzungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gegeben sind. Denn der Bundesrat möchte diese Verhandlungen nicht «ohne Verzug» aufnehmen, wie das die Initiative «Ja zu Europa» verlangt, sondern erst, wenn ihm die Zeit dafür reif erscheint. In seinem Bericht beleuchtet die Landesregierung die Auswirkungen eines allfälligen EU-Beitritts sowie die Folgen der verschiedenen anderen Möglichkeiten wie weitere bilaterale Abkommen oder die EWR-Option.